

**Geschäftsführung
Seniorenbeirat**

Es informiert Sie	Sylvia Habiger
Telefon	+49 202 563 2336
Fax	+49 202 563 8531
E-Mail	Sylvia.Habiger@stadt.wuppertal.de
Datum	23.04.2019

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Seniorenbeirates (SI/0621/19) am 09.04.2019

Anwesend sind:

Beiratsmitglieder

Frau Maria del Rosario Fernandez Bravo , Herr Reinhard Fliege , Herr Franz Hesse , Frau Johanna Niedermüller , Frau Birgit Paziener , Herr Harald Schäfer , Frau Cornelia-Maria Schott , Frau Barbara Werner ,

von der SPD-Fraktion

Herr Detlef-Roderich Roß , Herr Dieter Scherff , Frau Heidi Schlegel ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Ulrike Hörster ,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Kirsten Gerhards ,

von der FDP-Fraktion

Herr Ralf Otto Jacob ,

von der Fraktion Freie Wähler

Herr Günter Schnur ,

Mitglied mit beratender Stimme

Herr Peter Siemerkerus ,

Beirat der Menschen mit Behinderung

Herr Günter Andreß ,

Vertreter(in) der Verwaltung

Frau Beatrix Bierenfeld , Frau Marianne Krautmacher , Herr Michael Lehnen , Frau Heike Löber ,

Schrittführer / in:

Sylvia Habiger

Beginn: 11:03 Uhr

Ende: 12:22 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Herr Roß begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Trapp von der Wuppertaler Rundschau und die Gäste der Gruppe „Stadtgespräche“ der Berg. Volkshochschule, die sich eine Sitzung des Seniorenbeirats ansehen möchten.

2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.02.2019

Es gab keine Anmerkungen oder Einwände zum Protokoll.

3 Bericht zur gerontopsychiatrischen Abteilung Barmen - Herr Bick, Stiftung Tannenhof

Herr Bick stellt sich und die Klinik kurz vor. Im Anschluss daran hält er seinen Vortrag mit einer PowerPoint-Präsentation zum Thema „Gerontopsychiatrische Abteilung Barmen“ (Anlage 1 zum Protokoll).

Frau Gerhards erkundigt sich im Anschluss daran nochmals nach der genauen Bettenanzahl. Herr Bick erklärt, dass es in Wuppertal 68 Betten für die vollstationäre Aufnahme gibt (Sanderstr.), und 15 Plätze teilstationär (diese befinden sich in der Wesendonkstraße). Frau Schlegel interessiert sich für das Alter der Patient*innen in der gerontopsychiatrischen Abteilung. Herr Bick erläutert, dass das Patient*innenalter i. d. R. vom 65. Lebensjahr an aufwärts liegt. Es werden jedoch auch Patient*innen ab den 55. Lebensjahr aufgenommen, die noch im Berufsleben angedockt sind, das tut nach seiner Aussage dem Stationsleben gut. Frau Blume möchte wissen, wie der Pflegeschlüssel ist. Diesen kann Herr Bick nicht genau beziffern, er sagt jedoch aus, dass der Personalschlüssel in der Psychiatrie besser ist als in der Somatik. Frau Niedermüller spricht die Depressionen bei türkischstämmigen Zuwanderern mit spärlichen Sprachkenntnissen an, und möchte wissen, wie mit der Sprachbarriere umgegangen wird. Herr Bick erklärt, dass mit rund 30 % der Anteil der Patienten mit türkischem Migrationshintergrund sehr hoch ist. Durch die Verjüngung der Station werden auch mehr jüngere türkischstämmige Personen dort aufgenommen, die aber auch die deutsche Sprache beherrschen, und so bei Verständigungsproblemen helfen können. Diese Nationalität hat zudem auch ein anderes Generationendenken als wir, wodurch hier Abhilfe geschaffen werden kann. Zudem gibt es bereits zwei türkisch sprechende Pflegekräfte, so dass die Kommunikation sichergestellt ist.

4 Zukunft Seniorentreff Carnaper Platz - mündlicher Bericht APH

Herr Roß erläutert, dass der Seniorenbeirat in der Vergangenheit nicht mit dem Thema beschäftigt wurde. Er führt aus, dass im Rahmen der Umgestaltung des Carnaper Platzes eine neue Grünflächengestaltung für das Areal angedacht ist,

auf welchem sich auch das Gebäude des Seniorentreffs befindet. Das Gebäude soll in dem Zuge abgerissen werden. Hierzu wünschte sich der Seniorenbeirat einen Bericht des Eigenbetriebs APH.

Frau Bierenfeld berichtet, dass der Fachbereich Senioren und Freizeit als Nebenbetrieb von APH erst das GMW und dann die Grundstückswirtschaft 403.4 als Vermieter des Objektes hatte. Im Sommer 2018 wurde der Seniorentreff auf Verlangen dann von diesem Fachbereich erst ausgeräumt, und kurz darauf auf Verlangen auch wieder eingeräumt. Seit dem entsprechenden Ratsbeschluss wurden 23 Objekte an Rott und Sedansberg besichtigt. Im Vordergrund steht dabei der Wunsch nach Räumlichkeiten an der Schnittstelle zwischen Rott und Sedansberg. Die jetzige Größe von 145 m² soll in etwa beibehalten werden, eine Küche ist ebenso notwendig wie die gute Anbindung an den ÖPNV und die Immobilie sollte barrierearm sein. Es sind zurzeit zwei Objekte in der Machbarkeitsprüfung, die Bezirksvertretung und der Betriebsausschuss APH/KIJU werden darüber ständig informiert (die nächste Sitzung des Betriebsausschusses findet am 09.05.2019 statt).

Herr Scherff erläutert, dass die SPD-Fraktion im Seniorenbeirat einen gemeinsamen Prüfauftrag an die Verwaltung aufgeben möchte, um aktiv auf die Suche nach einem Alternativstandort zu werden. Sie fordert, dass der Abriss des alten Seniorentreffs erst erfolgen kann, wenn eine adäquate Alternative gefunden wurde. Eventuell könne das Bestandsgebäude an der Carnaper Straße ja auch umgestaltet werden, da es mehrere tausend Besucher pro Jahr gibt. Frau Gerhards gibt an, dass sich Fraktion DIE LINKE der SPD hier anschließt. Erst soll eine Alternative geschaffen werden, und danach könne dann der Abriss erfolgen. Herr Roß ergänzt, dass sich eine neue ZWAR-Gruppe um die Nutzung der Räumlichkeiten des Seniorentreffs beworben habe. Frau Paziener führt dazu aus, dass die ZWAR-Gruppe gerne dort eingezogen wäre, Frau Bierenfeld jedoch aufgrund der unklaren Zukunft des Seniorentreffs diesbezüglich eine Absage erteilt habe. Die Gruppe ist danach zuerst in die Pauluskirche und später in das internationale Begegnungszentrum gezogen, aber es besteht nach wie vor ein großes Interesse an den Räumlichkeiten des Seniorentreffs Carnaper Platz, wenn diese dauerhaft genutzt werden könnten. Laut Herrn Siemerikus haben auch andere ZWAR-Gruppen Interesse an der Mit-Nutzung der Räumlichkeiten des Seniorentreffs Carnaper Platz. Frau Hörster ergänzt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterhin an einem Seniorentreff zwischen Rott und Loh festhalten will, das jetzige Gebäude jedoch nicht mehr zeitgemäß und zudem stark renovierungsbedürftig sei. Ihr Vorschlag ist in eine neue Immobilie zur Miete zu investieren. Herr Roß sagt aus, dass der Abriss des Gebäudes 80.000 € kosten würde. Die SPD-Fraktion regt daher an, dass man mit geringeren Mitteln eine Renovierung durchführen könnte. Hier wirft Herr Siemerikus ein, dass man eine zeitgemäße Renovierung auch mit Personen des zweiten Arbeitsmarktes gestalten könnte. Laut Herrn Roß sind die Renovierungskosten bereits mit ca. 20.000 € veranschlagt worden.

Der Seniorenbeirat wünscht sich von der Verwaltung die Suche nach einem adäquaten Alternativstandort für den Seniorentreff Carnaper Platz, und dass der Abriss erst dann realisiert wird, wenn dieser Standort gefunden ist. Alternativ wünscht sich der Seniorenbeirat eine umsetzungsfähige Planung zur Sanierung/Renovierung des Bestandsgebäudes. Die Geschäftsführung des Seniorenbeirates soll den im Rat vertretenen Fraktionen die Wünsche des Seniorenbeirates bezüglich des Seniorentreffs Carnaper Platz mitteilen, und sie an ihr Versprechen erinnern. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

5 Resolution: Erhalt der ZWAR-Zentralstelle NRW
Vorlage: VO/0233/19

Her Roß erläutert kurz den Antrag der SPD-Fraktion zwecks Erhalts der ZWAR-Zentralstelle in NRW.

Herr Jacob möchte wissen, welche Kosten für die ZWAR-Zentralstelle in Dortmund entstehen, wenn die Förderung wegfällt, und ob die Gesamtheit der ZWAR-Gruppen in NRW diese Summe nicht tragen kann.

Frau Paziener erklärt daraufhin, dass bestehende Gruppen gar keine Vorteile durch die ZWAR-Zentralstelle haben, sondern lediglich neue Gruppen. Aus ihrer Sicht ist es falsch, wenn die bestehenden Gruppen die ZWAR-Zentralstelle finanzieren würden. Sie sagt weiter, dass es schwer vermittelbar ist, dass eine Wuppertaler Gruppe z. B. eine Gruppe in Essen finanziert, nur weil die dortige Stadt diese gerne hätte. Sie erläutert, dass die ZWAR-Zentralstelle eine neue Perspektive für Menschen ab 50 bieten soll. Diese sollen sich zusammenfinden, sich im Stadtteil engagieren und ihre Freizeit miteinander teilen. Dies wird durch die ZWAR-Zentralstelle gefördert, die in den einzelnen Kommunen Werbung dafür macht, und bei der Gruppenbildung Unterstützung leisten. Die Gruppe gründet sich dabei in Kooperation mit einem durch die Kommune geförderten Träger, z. B. der AWO, und wird dann ein Jahr durch die ZWAR-Zentralstelle betreut. Die Gruppen nutzen dabei kostenlos zur Verfügung gestellte Räume, verursachen also keine zusätzlichen Kosten. Es gibt auch keinen Mitgliedsbeitrag o. ä., da die Gruppen für jeden offen stehen sollen.

Herr Siemerkus stimmt Frau Paziener zu, und ergänzt, dass es keine Hierarchien innerhalb der Gruppen gibt, da diese ausschließlich selbstorganisiert sind. Ihm ist nicht bekannt, warum die Begleitung der neu gegründeten ZWAR-Gruppen, die vormals zwei Jahre betrug, auf ein Jahr herabgesetzt wurde. Er findet den „Gedanken ZWAR“ toll, da es Menschen hilft, mit ihrer Situation zurechtzukommen. Die aktuelle Form der ZWAR-Zentralstelle findet nach seiner persönlichen Ansicht jedoch nicht seinen Zuspruch, wenn es Alternativen zur Unterstützung der ZWAR-Gruppen-Neugründung gäbe, sollte man aus seiner Sicht darüber nachdenken.

Herr Roß ergänzt, dass das Land 600.000 € für die ZWAR-Zentralstelle zahlt. Herr Scherff gibt zu bedenken, dass der Wegfall der ZWAR-Zentralstelle eine Entlassung von Mitarbeiter*innen bedeuten würde, und zudem der Beratungsbedarf sehr groß ist. Er findet man solle die Landesregierung auffordern, diese Mittel nicht zu streichen.

Beschluss des Seniorenbeirates vom 09.04.2019:

Die Resolution wird einstimmig angenommen bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

6 Leistungen des Sozialamtes bei Service-Wohnen

Herr Lehnen erläutert, dass Frau Niklaus aus dem Bereich Sozialrecht und Qualifizierung die Rahmenbedingungen des Sozialamts zum Thema darstellen wird.

Frau Niklaus erläutert den sozialhilferechtlichen Wohnbedarf im Rahmen der Grundsicherung im Alter, wobei es auf die Angemessenheit von Wohnungsgröße und Mietpreis ankommt. Zudem muss ein plausibler Umzugsgrund (z. B.

gesundheitliche Veränderungen, Notwendigkeit einer altengerechten Wohnung) vorliegen, wenn ein Hilfeempfänger die Wohnung wechseln möchte. Gemäß Bundessozialgericht kann die Service-Wohnen-Pauschale bei den Kosten der Unterkunft anerkannt werden, wenn die Gesamtmietkosten am Ende die sozialhilferechtlich angemessene Miete nicht überschreiten, und der Dienstleistungsvertrag untrennbar mit dem Abschluss des Mietvertrags verbunden ist. Derzeit ist in Wuppertal kein Service Wohnangebot bekannt, bei dem die sozialhilferechtlich angemessene Bruttokaltmiete durch die anfallenden Wohn- und Servicekosten nicht überschritten wird. Einzelfallentscheidungen durch das Sozialamt können aber dennoch insbesondere zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit in Sonderfällen getroffen werden.

Frau Gerhards führt dazu das Beispiel einer 90 jährigen Bewohnerin eines Altenpflegeheims an, die sich entschieden habe, wieder in einer eigenen Wohnung leben zu wollen, sich aber nicht in der Lage sah, die Kosten einer Wohnung in einer Service Wohnanlage aus ihrer kleinen Rente zu bestreiten. Die Übernahme der Kosten aus Mitteln der Grundsicherung im Alter erfolgte in diesem Fall nicht. Zwischenzeitlich sei die Dame in eine normale Mietwohnung gezogen.

Frau Gerhards führte aus, dass der Aufenthalt im Pflegeheim das Sozialamt wesentlich teurer käme als die Übernahme der Kosten für eine Wohnung im Servicewohnen und regt an, dass der Seniorenbeirat die Unterstützung dieser Wohnform von den Ämtern fordern soll, damit eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, diese Kosten im Rahmen der Grundsicherung zu übernehmen.

Von Seiten der Sozialamtsleitung wird darauf hingewiesen, dass das Service Wohnen als ambulante Wohnform nicht als Alternative zum Pflegeheim verstanden werden kann und verweist im Hinblick auf die wesentlich teurere Wohnform im Vergleich zu normalen Mietwohnungen auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme ambulanter Pflegedienste und komplementärer Dienste beim Verbleib in der normalen Mietwohnung, um eventuell bestehende Unterstützungsbedarfe abzudecken. Herr Lehnen verweist nochmal auf die Möglichkeit von Einzelfallprüfungen.

Wegen der Komplexität des Themas soll ggfs. noch ein Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung für die Landesseniorenkonferenz im Mai gestellt werden.

7 Bericht des Vorsitzenden

Herr Roß berichtet, dass es einen Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates für das Jahr 2018 gibt, der als Anlage zum Protokoll mit versendet wird.

Er gibt einen kurzen Ausblick auf den Aktionstag der bergischen Seniorenbeiräte, der am 20.07.2019 stattfinden wird, und dankt der Verwaltung für die Unterstützung bei der Gründung. Er sagt im Vordergrund stehe der Transport der Botschaft, dass ältere Menschen auch körperlich und geistig noch fit seien.

Zudem verweist er noch kurz auf den Tag des bürgerschaftlichen Engagements im Herbst 2019, wo sich der Seniorenbeirat auch präsentieren wird.

8 Mitteilungen aus der Verwaltung

Frau Krautmacher gibt eine Antwort zu der Anfrage von Herrn Roß aus der Sitzung des Seniorenbeirats vom 05.02.2019 bezüglich der Frage, warum der Seniorenbeirat in der Beratungsfolge zur Thematik „Zukunft der öffentlichen Toiletten in Wuppertal“ nicht eingebunden wurde. Sie erläutert, dass der Antrag aus dem Frühjahr 2018 am 19.06.2018 im Seniorenbeirat mit der Verlesung der Antwort des Büro OB durch die Vorsitzende Stv. Rosemarie Gundelbacher beantwortet wurde, womit der Antrag als erledigt galt. Da der Sozialverwaltung die neue Vorlage vorab nicht bekannt war, konnte bedauerlicherweise nicht auf die Einbindung des Seniorenbeirates in die Beratungsfolge eingewirkt werden. Die neue VO/0083/19 zum künftigen Betrieb der öffentlichen Toiletten sollte ursprünglich in der Ratssitzung am 25.02.109 beschlossen werden, wurde jedoch dort abgesetzt. Möglicherweise wird der Beschluss in der Ratssitzung am 20.05.2019 gefasst.

Zudem berichtet Herr Lehnen von personellen Problemen bei der Abteilung „Grundsicherung im Alter“, die an der Friedrich-Engels-Allee ansässig ist. Zum Mai 2019 gibt es dort 10 unbesetzte Stellen, daher kommt es derzeit zu sehr langen Bearbeitungszeiten. Zudem gab es in dem Gebäude einen Wasserschaden, aus dem nun ein Schimmelpilzbefall im Keller resultiert, so dass auch viele Akten ausgelagert werden müssen. Aufgrund der langen Bearbeitungszeiten kommt es auch zu verstärkten Warteaufkommen, die durch zu wenige Wartebereiche die Flure des Verwaltungsgebäudes verstopfen. Es liegt folglich ein strukturelles Problem vor. Man versucht durch die verstärkte Gewinnung von Auszubildenden und externer Stellenbesetzung die Probleme zu verringern, jedoch muss das neue Personal auch erst eine Einarbeitung durchlaufen, so dass eine kurzfristige Problemlösung nicht in Sicht ist.

9 Verschiedenes

Da niemand zu diesem Tagesordnungspunkt Anmerkungen hat schließt Herr Roß die Sitzung um 12:22 Uhr und dankt insbesondere den Besuchern der „Stadtgespräche“ und Herrn Trapp von der Wuppertaler Rundschau für die Aufmerksamkeit und ihr Interesse.

Detlef Roderich Roß
Vorsitzender

Sylvia Habiger
Schriftführerin